

Bundesweite Demonstration am 3. Oktober

Rede Dr. Angelika Claußen, IPPNW-Vorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben zurzeit weltweit eine erschütternde Eskalation an Gewalt und Leid: Im Nahen Osten, in der Ukraine oder im Sudan. Die Ursachen für diese Kriege sind vielfältig, komplex. Doch keine Regierung in der Welt verhält sich gegenüber dem gewählten Führer der Vereinten Nationen, UN-Generalsekretär Antonio Guterres so verächtlich, so herabwürdigend wie die Regierung Israels. Guterres wird nicht müde, sich kompromisslos für Waffenstillstand und Frieden, für die Einhaltung des internationalen Rechts einzusetzen. Denn Menschenrechte und das Völkerrecht gelten für alle Staaten, ohne Unterschied. Gestern hat der israelische Außenminister den UNO Generalsekretär Guterres zur unerwünschten Person, zur „Persona non grata“ erklärt. Guterres dürfe von nun an keinen israelischen Boden mehr betreten!!!

Nachdem Israel im Libanon für die Tötung von mehr als 1500 Zivilisten verantwortlich wurde. Nachdem im Gazakrieg schon über 40.000 Menschen getötet und mindestens hunderttausend schwer verletzt wurden, viele von ihnen Kinder. Straflosigkeit tötet.

Seit zweieinhalb Jahren wütet der Krieg in der Ukraine schon, schafft Zerstörung, Tod – und Tausende traumatisierte Menschen. Offiziell gibt keine Seite ihre Verluste bekannt – doch die Schätzungen sind verheerend. Nach Recherchen des „Wall Street Journals“ sind auf beiden Seiten Hunderttausende Soldaten verletzt und getötet worden. Knapp 12.000 Zivilist*innen sind in der Ukraine laut UN-Hochkommissariat für Menschenrechte ums Leben gekommen, ca. 24.000 wurden verletzt.

In der deutschen Öffentlichkeit wird viel über militärische Strategien, Sieg oder Niederlage und Waffenlieferungen diskutiert. Dabei bleibt das Humanitäre, die Menschlichkeit auf der Strecke!

In sozialen Netzwerken kann man sich das Leid der ukrainischen Soldaten ansehen. Man sieht die Schützengräben wie im zweiten Weltkrieg, brutalste Videos von Kampfhandlungen, Tod, Kriegsverbrechen und Folter, selbst aufgenommen von den ukrainischen Soldaten mit Bodycams oder Drohnen. Krieg ist grausam und entmenschlichend¹.

Dass dies sowohl für ukrainische als auch für russischen Soldaten gilt, dokumentiert die russisch-kanadische Filmemacherin Anastasia Trofimova in ihrem Dokumentarfilm "Russen im Krieg", für den sie mehrere Monate mit russischen Truppen an der Front in der Ukraine verbracht hat. Er zeigt das Sterben und das Leid russischer Soldaten, ihre Zweifel und den Schmerz angesichts getöteter Soldaten, den sie mit Zigaretten und Alkohol ertränken. Er darf beim Zurich International Film

¹ <https://topos.orf.at/ukraine-leben-im-krieg-pov-videos100>

Festival nach massiver Kritik nicht gezeigt werden. Begründung: Der Film sei russische Propaganda. Meine therapeutische Erfahrung mit kriegstraumatisierten Soldaten sagt mir: Traumatisierte Soldaten neigen sehr viel häufiger zu schweren Gewaltdelikten, das ist in der internationalen Forschung belegt. In einem fortlaufenden Krieg kann das bei ihnen zu schweren Menschenrechtsverbrechen führen, besonders wenn Strukturen zur Eindämmung von Gewalt fehlen. Doch alle Soldaten sind Menschen, ukrainische wie russische Soldaten. Voraussetzung dafür, dass sie sich wieder menschlich verhalten können, ist eine Beendigung des Krieges und Wiedereingliederung sowie Therapie.

Was wissen wir über die ukrainischen und russischen Soldaten mit Posttraumatischer Belastungsstörung? Laut dem Bechterew-Institut St. Petersburg entwickelten 3 – 11 % der russischen Soldaten eine PTBS.² Bei einer Million russischer Soldaten wären 10 % von ihnen 100.000 junge Männer, die nach ihrer Heimkehr schwer psychisch krank sind. Das ukrainische Gesundheitsministerium schätzt, dass bis zu 1,8 Millionen ukrainische Soldaten und militärisches Personal psychologische Hilfe benötigen könnten.³

Ich denke, Politiker und Politikerinnen und Medien auf beiden Seiten müssten diese Zahlen veröffentlichen, die Geschichten, die von so viel Leid erzählen.

Als Ärzte und Ärztinnen stehen wir auf der Seite des Lebens: Wir zeigen Wege auf, wie dieses Sterben und Leid auf beiden Seiten beendet werden kann. Der Weg heißt Diplomatie, Verhandlungen jetzt! Jeder Kriegstag ist einer zu viel – dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden.

Nach Einschätzung der IPPNW sind Friedensverhandlungen jetzt möglich und nötig – sowohl zwischen Israel und der Hamas, mit der Hisbollah als auch zwischen Russland und der Ukraine!

Natürlich werden Verhandlungen nicht leicht sein. Natürlich geht es nur, wenn alle Beteiligten Zugeständnisse machen, Zugeständnisse, die weh tun. Das gilt für jeden Krieg. Der erste Schritt ist immer ein Waffenstillstand. Und wir müssen uns darauf einstellen, dass die Kriegsbefürworter auf allen Seiten solche Zugeständnisse als Verrat verunglimpfen werden. Doch das kennen wir Friedensaktivisten auch aus anderen Kriegen, dem Bosnien-Krieg und dem Nordirland Krieg.

Kriegsparteien brauchen den Druck von außen, von uns, von Seiten der Zivilgesellschaft, der Friedensbewegung, damit das Töten gestoppt wird. Und ebenso brauchen die Politiker*innen in unserem Land unseren Druck, unsere Forderungen. Es ist brandgefährlich, die Auseinandersetzung, um Krieg und Frieden den Militärlobbyisten zu überlassen.

Wir wollen Abrüstung – keine Aufrüstungsspirale! Doch die Stationierung von Mittelstreckenwaffen, angekündigt von Bundeskanzler Scholz, ist Aufrüstung!

² <https://www.dw.com/de/zur%C3%BCck-von-der-front-warum-t%C3%B6ten-russische-soldaten-weiter/a-69350554>

³ <https://kyivindependent.com/ptsd-crisis-looms-as-troop-shortages-take-toll-on-ukrainian-soldiers-mental-health/>

Ab 2026 sollen US-Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen in Deutschland stationiert werden. So lautet die gemeinsame Erklärung zwischen den USA und Deutschland, die am Rande des NATO-Gipfels veröffentlicht wurde. Diese Waffen sollen zunächst nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Doch schon konventionelle Gefechtskörper können aufgrund modernster Technik präzise und mit hoher Sprengkraft ihre Ziele weit in Russland treffen.

Raketen sind Magneten – sie machen Deutschland zu einem strategischen Angriffsziel.

Wir protestieren gegen die Aufrüstung mit Mittelstreckenwaffen.

Wir protestieren erst recht gegen die Aufrüstung mit Atomwaffen, am US-Atomwaffenstandort Büchel. Sie machen die Bevölkerung in Deutschland zum Angriffsziel. Sie stellen gleichzeitig einen weiteren Schritt der Eskalation im Ukrainekrieg dar, der nicht nur zwischen Russland und der Ukraine geführt wird. Der Ukrainekrieg ist schon lange ein Krieg zwischen NATO und Russland, und das ist brandgefährlich!

Statt US-Raketen in Deutschland zu stationieren, soll sich die Bundesregierung für die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen einsetzen! Wie könnte das beispielsweise konkret aussehen? So könnte die Bundesregierung beispielsweise mit der Absage der Stationierung von Mittelstreckenwaffen vorangehen, um einen Friedensprozess in der Ukraine einzuleiten. Die USA und die Bundesrepublik gemeinsam könnten einen solchen Schritt in Aussicht stellen unter der Bedingung, dass sich Russland im Gegenzug auf das Ende seiner Bombardierungen auf zivile Infrastruktur der Ukraine verpflichtet. Es ist eine von vielen möglichen Ideen, um den Weg zu Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden ebnen.

Die Friedensbewegung darf solche konkreten Vorschläge zum Frieden nicht länger und den Militärs überlassen.

Aufrüstung und Krieg führen in eine Eskalationsspirale bis hin zu einem möglichen Atomkrieg. Der CO₂ Fußabdruck des Militärs blockiert schon jetzt die sozial-ökologische Transformation in Deutschland. Der Angriffskrieg auf die Ukraine verursacht schon jetzt einen CO₂ Fußabdruck von 175 Millionen T CO₂. Das ist so viel wie der Jahresverbrauch der beiden Staaten Niederlande und Litauen zusammen. Deshalb unsere Forderung: Abrüsten für das Klima! Abrüsten für Soziales. Für die Erneuerung von Infrastruktur, im Bereich Gesundheitswesen, Schulen, Universitäten, Verkehr, Migration und Integration.

Abrüsten für die sozial-ökologische Wende. Wir brauchen Friedensfähigkeit statt Kriegstauglichkeit.

Friedensfähigkeit bedeutet auch, dem US-amerikanischen Friedensaktivisten Dennis DuVall, der zweimal den Zaun um das US-Atomwaffenlager in Büchel beschädigt hat, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu geben. Er darf nicht abgeschoben werden, wie der sächsische Innenminister es will!! Die US-Atomwaffen in Büchel brauchen wir nicht, die können zurück in die USA. Aber der

Pazifist Dennis DuVall, der hier in Deutschland mit seiner Familie lebt, muss hierbleiben!

Friedensfähigkeit bedeutet auch Widerstand gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens. Gesundheitsminister Karl Lauterbach erklärte in einer Linie mit Verteidigungsminister Boris Pistorius, auch das Gesundheitssystem müsse für den NATO-Bündnisfall adäquat ausgestattet werden. Deshalb müsse man sich auf die zivil-militärischen Landesverteidigung und auf den NATO-Bündnisfall vorbereiten. Das bedeutet im Klartext: Militarisierung des Gesundheitswesens.

Deutschland soll Drehscheibe werden für die vielen verletzten NATO-Soldaten in einem möglichen Krieg, den Russland gegen NATO auf europäischen Boden führen könnte. Im Kriegsfall wird damit gerechnet, dass pro Tag 1.000 Verletzte versorgt werden müssten.

Die Bettenzahl auf militärischer Ebene wäre innerhalb von 48 Stunden ausgeschöpft. Innerhalb von zwei Tagen müssten verletzte Soldaten also in zivilen Krankenhäusern und Kliniken behandelt werden.

Als ärztliche Friedensorganisation warnen wir: Auch wenn im Ukrainekrieg zurzeit noch der zermürbende Stellungskrieg mit konventionellen Waffen im Vordergrund steht: Mit jeder neuen Eskalationsstufe dieses Krieges wächst die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung. Auch heute gilt unverändert: „Wir werden Euch im Falle eines Atomkrieges nicht helfen können“.

Machen wir uns klar: Die Militarisierung des Gesundheitswesens ist eine unabdingbare Voraussetzung jeglicher Kriegsführung. Wir wehren uns gegen diese zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

Die Kriege in der Ukraine, in Gaza und im Libanon müssen jetzt durch Verhandlungen, durch diplomatische Lösungen beendet werden. Lasst uns gemeinsam den Widerstand gegen die Militarisierung und für den Frieden aufbauen!

Frieden schaffen, das heißt „Abrüsten für Klima“, das heißt Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und Investitionen in die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen! Wir brauchen die finanziellen Ressourcen für Krankenhäuser, für Schulen, für Kitas, für Reparatur und für den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Wir wollen friedensfähig werden, nicht kriegstüchtig!